Europabrief

Nr. 55 · Dezember 2011

Informationen des Brandenburger Europaabgeordneten Norbert Glante

Time to say goodbye?

Der 9. Dezember war der Anfang vom Ende – und zwar der D-Mark. Das war 1991, als die Staats- und Regierungschefs der damals 12 Länder der Europäischen Gemeinschaft im holländischen Maastricht die Schaffung einer europäischen Währungsunion beschlossen. Maastricht war die Geburtsstunde des Euro und gleichzeitig Auftakt einer vertieften europäischen Integration. Längst hat sich gezeigt, dass die damals beschlossenen Kriterien nicht ausreichen, um die Währungsunion langfristig stabil zu halten. Die Erkenntnis, dass eine gemeinsame Geldpolitik im Euroraum losgelöst von einer abgestimmten Wirtschafts- und Konjunkturpolitik nicht funktioniert, hat sich uns auf dramatische Weise in Form der größten Schuldenkrise in der Geschichte der EU aufgedrängt.

We are family – fehlt da eine(r)? *Foto: Der Rat der Europäischen Union*

Auf dem Gipfeltreffen am 9. Dezember 2011, auf den Tag genau 20 Jahre nach Maastricht, haben die nun 27 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zwar viele Beschlüsse gefasst, jedoch keine bahnbrechenden Entscheidungen getroffen, die die Finanz- und Schuldenkrise schnell beenden werden. Diese Krise ist von solch großem Ausmaß, dass ein Ende nicht absehbar ist – zumal, wenn sie so schlecht gemanagt wird, wie wir es mit jedem Krisengipfel aufs Neue vorgeführt bekommen.

Was jedoch von diesem Gipfel in Erinnerung bleiben wird, ist das Verhalten des britischen Premierministers David Cameron, der sein Land isoliert hat. Der konservative Cameron hat den Verhandlungstisch in Brüssel verlassen, nachdem ihm klar wurde, dass er sich nicht mit dem Wunsch durchsetzen konnte, eine weitere Regulierung der Finanzmärkte zu verhindern. Eine Regulierung eben jener Finanzmärkte, welche durch ungezügelte Spekulation die bis heute andauernde Finanz- und Schuldenkrise ausgelöst haben, bei der allein bis 2009 geschätzte 7.300 Milliarden Euro weltweit „verbrannt" worden sind. David Cameron ist es nicht nur nicht gelungen, die Interessen des Finanzplatzes der Londoner City zu schützen – schlimmer noch: Er hat Großbritannien seiner Stimme in der Europäischen Union beraubt.

Wie ist nun die Lage? Um die Finanzprobleme in der EU zu lösen und die Krise zu meistern, wollten sich die 17 Staats- und Regierungschefs der Eurozone auf umfassendere Regeln einigen und dies in Form eines zusätzlichen Vertrages festschreiben. Schnell stellte sich heraus, dass auch die Nicht-Euro-Länder bei diesem neuen Vertrag mitmachen wollten – nur Großbritannien nicht. Politiker verschiedener Couleur

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Time to say goodbye?	1 / 2
Liebe Leserinnen und Leser	2
Wussten Sie eigentlich?	3
Europäische Solidarität in Zeiten der Krise	4
Der Kernfusion auf der Spur	4
Signale aus dem Orbit	4
Premierengäste in Brüssel	5
Der neue EU-lateinamerikanische Progressivismus	6
UN-Klimakonferenz: schwere Geburt mit Nachwehen	6
Einfallstor für deutsche Neonazis – Richter kippen 5%-Hürde	7
Urheberrecht im Jahr 2035	7
Kontakt, Termine, Publikationen, Wer hat's gesagt?	8

S&D

Fraktion der Progressiven Allianz der **Sozialdemokraten** im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen und Leser,

es geschehen noch Zeichen und Wunder – in die Adventszeit passen sie natürlich besonders gut. So geschah es am Tag vor Nikolaus, als die frohe Botschaft aus dem Belgischen Königshaus erklang: „Wir haben eine Regierung". 542 Tage nach den Parlamentswahlen und unzähligen gescheiterten Anläufen haben die wallonischen und flämischen Koalitionspartner den Belgiern noch vor Weihnachten eine Regierung beschert.

Foto: Michiel Hendryckx/ Wikimedia Commons

Geführt wird diese Sechs-Parteien-Koalition, der sowohl niederländisch- als auch französischsprachige Minister angehören, vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Elio di Rupo. Dieser stammt aus einer italienischen Gastarbeiterfamilie, die Ende der 40er Jahre aus Italien nach Belgien kam. Nach dem tödlichen Unfall seines Vaters zog die Mutter ihn und seine sechs Geschwister allein groß. Heute ist Elio di Rupo 60 Jahre alt, promovierter Chemiker, ehemaliger Europaabgeordneter und setzt mit seiner roten Fliege Farbtupfer in der Politik. Möge er auch in diesen nicht immer leichten Zeiten eine glückliche Hand beim Regieren Belgiens haben.

Wir wünschen Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr.

Ihr Redaktionsteam

Fortsetzung von Seite 1

sprechen nun bereits vom Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, was laut dem aktuell gültigen Vertrag von Lissabon möglich wäre. Dahinter steht der Gedanke, dass die EU auch gut ohne die Briten leben könnte. Schließlich gelten für die Insel zahlreiche Sonderregelungen, wie beispielsweise der so genannte Britenrabatt, der die Beiträge des Landes an den EU-Haushalt reduziert. Auch die im Europäischen Parlament vertretene ultrakonservative und europafeindliche „United Kingdom Independence Party" (Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs) verfolgt dieses Ziel. Sie glaubt jedoch, dass es Großbritannien außerhalb der Union besser ginge. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen aber keine Europäische Union ohne Großbritannien, und wir glauben auch nicht, dass die Mehrheit der britischen Bevölkerung hinter Cameron steht. Unser Ziel kann nicht die Spaltung Europas sein.

„It is bad for business. Bad for jobs. And bad for Britain."
Ed Miliband, britischer Oppositionsführer

„Was geboten wird, ist nicht im Interesse Großbritanniens, deshalb habe ich nicht zugestimmt. Ich bin glücklich, dass wir nicht zu Schengen gehören und den Euro nicht haben. Wir wünschen ihnen alles Gute."
Großbritanniens Premier David Cameron

Im Übrigen: In den Medien wird im Zusammenhang mit der Finanz- und Schuldenkrise oft von einer Eurokrise gesprochen. Doch wer von einer Eurokrise redet, der irrt. Der Euro ist bisher stabiler als es die Deutsche Mark in den letzten 10 Jahren ihres Bestehens war. Das zeigt sich sowohl innerhalb der EU in einer geringen Inflationsrate als auch nach außen in der dauerhaften Stärke zum amerikanischen Dollar.

Darüber hinaus hat der Altbundeskanzler Helmut Schmidt zu Recht darauf hingewiesen, dass die Rolle des Europäischen Parlaments bei der Bewältigung der Krise größere Beachtung finden muss. Die Staats- und Regierungschefs repräsentieren hier nur eine Ebene. Das Europäische Parlament wird von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt und ist als einzige EU-Institution unmittelbar demokratisch legitimiert.

Ihr

Lesetipp

Petros Markaris
Faule Kredite: Ein Fall für Kostas Charitos
Diogenes Verlag, 396 Seiten, 22,90 Euro

Der erfolgreiche Krimiautor Petros Markaris arbeitet in seinem neuen Roman die Griechenlandkrise literarisch auf. Die Hauptfigur, Polizeikommissar Kostas Charitos, erfährt vom Mord am ehemaligen Chef der Zentralbank. Dieser ist der erste in einer Reihe von Morden an Schlüsselpersonen der Bankenwelt. Charitos und sein Team werden mit der Aufklärung betraut.

Markaris beschreibt in „Faule Kredite" detailreich den Alltag der Menschen im krisengeschüttelten Griechenland. Es entsteht ein vollständiges Bild einer Gesellschaft in Krisenzeiten, wo massive Sparmaßnahmen in allen Bereichen die Menschen und insbesondere den stark betroffenen Mittelstand mutlos und gleichzeitig wütend machen. Trotz des Ernstes der Lage gelingt es dem Autor, durch humorvolle Szenen und Sprachwitz keine Weltuntergangsstimmung zu skizzieren und eher auf Sympathie als auf Mitleid mit dem griechischen Volk zu setzen.

Wussten Sie eigentlich?

… dass die Kulturhauptstädte Europas 2012 Maribor und Guimarães heissen?

Maribor ist mit 120.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt Sloweniens und liegt am Fluss Drau. In Maribor befindet sich unter anderem der älteste Rebstock der Welt, aus dessen Trauben jährlich maximal 100 Flaschen des unverkäuflichen Weins „Blauer Kölner“ gewonnen werden. Die Stadt teilt sich den Titel als Kulturhauptstadt Europas mit Guimarães, einer kleinen Universitätsstadt in Portugal. Guimarães hat 52.000 Einwohner und wurde vor 870 Jahren die erste Hauptstadt Portugals. Das historische Zentrum der Stadt zählt seit 2001 zum UNESCO-Weltkulturerbe. CL

Quellen: www.befib2012.civil.uminho.pt und www.guimaraes2012.pt

… dass der Film „Schnee auf dem Kilimandscharo“ den LUX-Preis 2011 gewonnen hat?

Am 16. November überreichte Parlamentspräsident Jerzy Buzek in Straßburg den LUX-Filmpreis des Europäischen Parlaments an den Produzenten des französischen Films „Schnee auf dem Kilimandscharo“. Der Film von Robert Guédiguian beschreibt das glückliche Leben eines gewerkschaftlich und politisch engagierten Ehepaares, das brutal ausgeraubt wird und das sein Gespartes für die lange geplante Reise zum Kilimandscharo verliert. Der LUX-Preis wird seit 2007 vergeben und steht für das Engagement des Europaparlaments, die Kreativität des europäischen Kinos zu fördern. Die nominierten Filme sollen aus verschiedenen sozialen, kulturellen und historischen Perspektiven einen Eindruck vom Leben und der Identität der Europäer geben. CL

Foto: H. Schüchner

Ab Februar 2012 auch in deutschen Kinos

… dass die Gebäude des Europäischen Parlaments nach Personen benannt sind?

Altiero Spinelli, Louise Weiss oder Willy Brandt sind einige der Namen, die die Gebäude des Europäischen Parlaments in Brüssel, Straßburg und Luxemburg tragen. Vor allem sind dies Namen herausragender Persönlichkeiten des europäischen Integrationsprozesses. Sie haben sich um die Europäische Union verdient gemacht, deren Werte gestärkt und sich für den Frieden in Europa engagiert, so dass ihnen zu Ehren Gebäude benannt wurden, in denen heute europäische Politik gemacht wird. CL

Parlamentsgebäude „Louise Weiss“ in Straßburg
Foto: J. Christen

… dass 2012 das Europäische Jahr des aktiven Alterns ist?

Auf ein langes, aktives Leben!
Foto: Europäische Union

Laut aktueller Prognosen des europäischen Statistikamtes Eurostat stehen im Jahr 2060 einem Bürger über 65 Jahren voraussichtlich nur noch zwei Bürger im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) gegenüber, während es heute noch vier sind. Auf den dafür verantwortlichen Rückgang der Geburtenraten und die zunehmende Lebenserwartung will das „Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ aufmerksam machen. Öffentliche Verwaltungen, Sozialpartner und die Zivilgesellschaft sollen dazu ermuntert werden, das Jahr 2012 aktiv zu gestalten und die europäischen Bürger zu ermutigen, länger im Erwerbsleben zu stehen. Ziel ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Erfahrungen weitergeben, sich weiterhin aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen und ein möglichst gesundes und erfülltes Leben führen. CL

Europäische Solidarität in Zeiten der Krise

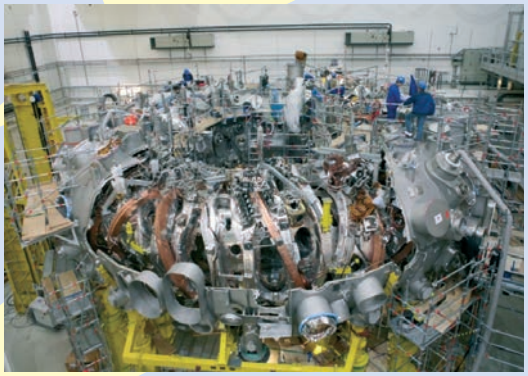
Słubice. Zum 28. Oktober 2011 hatten die Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschland und Polen zum Bürgerforum ins Collegium Polonicum in Słubice eingeladen. Zur Freude der Veranstalter kamen über 400 Bürgerinnen und Bürger, vor allem junge Leute, überwiegend aus den Städten und Regionen beiderseits der Oder. Sowohl der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, als auch die teilnehmenden Europaabgeordneten unterstrichen die gemeinsame Verantwortung, Europa aus der Krise zu führen und die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität in den Ländern der Europäischen Union zu sichern beziehungsweise wiederherzustellen. Unter der Leitung des früheren Korrespondenten der ARD in Warschau, Robin Lautenbach, entspann sich eine Diskussion, die neben übergreifenden Problemen auch Fragen aus der näheren Region aufnahm. So wurde sowohl über die zukünftige Entwicklung der EU-Politik als auch über die Verlängerung der Frankfurter Straßenbahn über die Oder nach Słubice gesprochen. Eine Vertreterin der Initiative „Pro Tram“ setzte sich nachdrücklich dafür ein, das Projekt zu realisieren und machte zugleich aber auch deutlich, welche konkreten Schwierigkeiten sich dabei auftun. Ihre Schwierigkeiten bei der Überwindung bürokratischer Hürden beklagten auch Bürger anderer Initiativen.

Jenseits der Oder – Norbert Glante auf dem Podium
Foto: J. Christen

Die deutsch-polnische Bürgerinitiative „Pro Tram“ nutzte die Gelegenheit, nach dem Ende der Versammlung gemeinsam mit den Europaabgeordneten über die weiteren Schritte bei der Umsetzung des Straßenbahnprojektes zu beraten. Bereits am Vormittag hatte Norbert Glante mit Schülerinnen und Schülern des OSZ Konrad Wachsmann auf der Frankfurter Seite der Oder über aktuelle Fragen der Europapolitik diskutiert. Das Treffen diente der Vorbereitung der Reise einer Schülergruppe nach Brüssel, wo der Abgeordnete die jungen Leute Ende November begrüßen konnte. JC

Der Kernfusion auf der Spur

Greifswald. Auf Einladung des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik reiste der Energieexperte Norbert Glante am 21. November 2011 gemeinsam mit seiner Abgeordnetenkollegin Constanze Krehl nach Greifswald, um dort an einer Besichtigung rund um Wendelstein 7-X, einem Versuchsreaktor für Kernfusion, teilzunehmen.
Nach einer sehr interessanten und anschaulichen Führung setzten sich die Politiker mit dem Direktorium des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik und der technischen Leitung am Standort Greifswald zum Gedankenaustausch zusammen. Gemeinsam wurde über die Fortschritte des Kernfusionsprojekts ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) mit Blick auf eine zukünftige Energiegewinnung diskutiert. ITER ist auch für die Region als Arbeitgeber ein wichtiges Projekt. In Greifswald arbeiten insgesamt 550 Menschen direkt an dem Forschungsstandort, und viele weitere Arbeitsplätze stehen indirekt damit in Zusammenhang.
Der Testreaktor in Greifswald ist Teil des internationalen Forschungsprojekts ITER, bei dem an der Energiegewinnung durch die Verschmelzung von Wasserstoff-Atomkernen geforscht wird. Hierbei verschmelzen zwei Wasserstoffkerne beziehungsweise zwei Wasserstoffisotope zu einem neuen Kern. Am Ende des Prozesses stehen große Mengen nutzbarer Wärmeenergie, die dann für die Gewinnung elektrischen Stroms genutzt werden können (zum Vergleich: In der Theorie setzt ein Gramm Wasserstoff etwa dieselbe Menge Energie frei wie die Verbrennung von 8 t Erdöl beziehungsweise 11 t Kohle).
Die beiden Abgeordneten nehmen wichtige Impulse für ihre Arbeit in den parlamentarischen Gremien mit nach Brüssel, wo derzeit intensiv über eine weitere Beteiligung an der Kernfusionsforschung aus dem gemeinsamen EU-Haushalt diskutiert wird. CL/PM



Wendelstein 7-X Stellareaktor: Fusionieren statt spalten!
Foto: Max-Planck-Institut für Plasmaphysik

Signale aus dem O

Potsdam. Am 18. November 2011 veranstalteten das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg und das GeoForschungsZentrum (GFZ) auf dem Telegrafenberg in Potsdam einen Workshop unter der Überschrift „GeoInformationsWirtschaft trifft GeoForschung und GeoGovernment“.
Das Land Brandenburg ist Mitglied im Netzwerk europäischer Regionen zur Nutzung von Weltraumtechnologie (NEREUS). Das Netzwerk NEREUS hat das Ziel, den Einsatz der Satellitentechnologie in Europa zu fördern. Es umfasst zurzeit 26 europäische Regionen und 35 assoziierte Mitglieder.

In der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg gibt es eine herausragende Ansammlung von Kompetenz bei Geoinformationstechnologien. Hier existieren drei regionale Firmennetzwerke, die auf dem Gebiet der Nutzung von Satellitentechnologie kooperieren. In der ganzen Region arbeiten hunderte hoch spezialisierte Firmen an der Entwicklung und Nutzung neuester Geoinformationstechnologie und an Dienstleistungsangeboten. Nirgendwo in der Welt ist geowissenschaftliches Know-how so gebündelt anzutreffen wie hier.

Weitere und ausführlichere Informationen im Internet: www.glante.eu

PREMIERENGÄSTE IN BRÜSSEL

Dort, wo sich regelmäßig die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten zusammenraufen, um den Euro zu retten, konnten sich vom 17. bis 20. Oktober 2011 30 Jugendliche aus Deutschland und Polen ein Bild von der polischen Lage in Europa machen. Der Brandenburger Europaabgeordnete Norbert Glante hatte die Mitglieder von zwei aktuellen deutsch-polnischen Projekten der Bildungs- und Begegnungsstätte Schloß Trebnitz in die europäische Hauptstadt eingeladen, um mit ihnen über die Arbeit des Europäischen Parlaments zu diskutieren.

Deutsche und polnische Jugendliche – gemeinsam in Brüssel *Foto: Europäisches Parlament*

Auch wenn von den vier Tagen zwei für die 900 Kilometer weite Anreise mit dem Bus eingeplant werden mussten, hat sich der Ausflug nach Brüssel für die Teilnehmer der Trebnitzer Jugendagora und des Oderjugendrates gelohnt.

Der Besuch des Europäischen Parlaments war einer der Höhepunkte für die 30 politisch Interessierten. In der Diskussion mit Norbert Glante und seinem polnischen Kollegen Bogusław Liberadzki ging es dann vor allem um ihre nahe Zukunft nach Beendigung der Schule. So wollte Michal (18) aus Kostrzyn wissen, was das Europaparlament trotz Krise dagegen tun kann, dass nicht noch mehr Jugendliche ohne Arbeit bleiben und Julius (18) aus Seelow hatte Fragen zum europäischen Freiwilligendienst.

Besonderes Glück hatten die Teilnehmer bei der Terminwahl. Denn erst drei Tage vorher hatte das Besucherzentrum des Europäischen Parlaments, das Parlamentarium, eröffnet, und die Gruppe vom Schloß Trebnitz war die erste, die dort das für Schüler angebotene vollkommen computerbasierte Simulationsspiel in der Praxis testen durfte. Dabei konnten die Teilnehmer in die Rolle von Europaabgeordneten schlüpfen und die Verhandlungen des Parlaments mit dem EU-Ministerrat zu zwei fiktiven EU-Gesetzen nachspielen. Anschließend war allen klar, Politiker zu sein ist kein Kinderspiel. Sebastian (15) aus Letschin machte es besonders deutlich: „Man muss höllisch aufpassen, um sich nicht von den Regierungen über den Verhandlungstisch ziehen zu lassen."

Nach der großen Politik standen aber auch Sightseeing und Kultur auf dem Programm – wobei Kultur in Belgien vor allem Comics bedeutet. Auf der Wanderung durch die Altstadt konnten die Jugendlichen Wandgemälde von Asterix und Obelix, Lucky Luke sowie dem belgischen Nationalhelden Tintin, zu Deutsch Tim und Struppi, entdecken. Und auch die touristischen Highlights Grand Place, Mini-Europa und das renovierte Atomium machten bei den jungen Besuchern von der Oder mächtig Eindruck. Das Fazit von Marika (14) aus Boleszkowice: „Egal ob Jugendagora oder Oderjugendrat: Wir haben hier alle wirklich eine Menge bleibender Eindrücke gesammelt und Energie für unser Projekt im Schloß Trebnitz getankt. Dafür hat sich auch die lange Anreise gelohnt."

Darius Müller

RBIT

Auf dem Telegrafenberg in Potsdam laufen zukünftig die Forschungsdaten des Navigationssystems Galileo zusammen. Norbert Glante nutzte deshalb die Gelegenheit seiner Teilnahme an dem Workshop zuvor für einen Informationsaustausch mit dem Projektleiter Dr. Jens Wikkert. In dessen Zentrum sollen unter anderem die Galileo-Satellitendaten zur Erdsystemforschung ausgewertet werden.

Professor Reinhard Hüttl vom GFZ bezeichnete in seiner Begrüßungsansprache den Workshop als Einstieg in einen „Geodialog" in der Region und drückte damit die Absicht aus, diesen dauerhaft zu etablieren. In seinem Impulsreferat zu Beginn des Workshops gab Norbert Glante einen Überblick über die Weltraumaktivitäten der Europäischen Union. Er unterstrich, dass sich das Parlament geschlossen dafür einsetze, das europäische Erdbeobachtungssystem GMES genauso aus dem Haushalt der Europäischen Union zu finanzieren wie Galileo. Für das Infrastrukturprojekt Galileo sind im EU-Haushalt für den Zeitraum 2014 bis 2020 rund 7 Milliarden Euro eingeplant.

Die anschließenden Präsentationen der Vertreter aus der Forschung und Geoinformationswirtschaft boten einen sehr interessanten Einblick in die aktuellen Aktivitäten und Entwicklungsperspektiven der Branche. JC

„Unsere Erde – eher Kartoffel statt Kugel", sagt das GFZ.

Foto: J. Christen

Der neue EU-lateinamerikanische Progressivismus

Vom 21. bis 23. November fanden in Brüssel die offiziellen Sitzungen der EU-lateinamerikanischen Versammlung (EuroLat) statt. Zum Auftakt der dreitätigen Beratungen zog die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton in ihrer Grußrede Bilanz über die Beziehungen zu Lateinamerika und sprach insbesondere das Thema Menschenrechte an, zu dem die EU gemeinsam mit den lateinamerikanischen Partnern Lösungskonzepte erarbeiten muss. In den sich anschließenden Ausschusssitzungen stand neben der Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität auch die Rolle des Internet als Motor für die Entwicklung wirtschaftlicher Aktivität und als Garant für gesellschaftliche Teilhabe auf der Tagesordnung.

Im Anschluss an die EuroLat-Versammlung veranstaltete die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament eine eigene Lateinamerika-Konferenz. Ein Großteil der lateinamerikanischen Parteifreunde nutzte hier die Gelegenheit, im Austausch mit den europäischen Kollegen konkrete gemeinsame Lösungsansätze für drängende Probleme zu besprechen. Als stellvertretender Vorsitzender der EuroLat hielt Norbert Glante eingangs einen Podiumsvortrag zu den Konzepten der Linken auf beiden Kontinenten.

In seinen Ausführungen konzentrierte sich der Europaabgeordnete zunächst auf Mexiko, wo im vergangenen Jahr nach offiziellen Angaben über fünfzehntausend Menschen im Drogenkrieg ermordet wurden. Die systematische Nichtverfolgung von Straftaten und willkürliche Vorgehensweise des Militärs sind Phänomene, die in vielen lateinamerikanischen Ländern zu massiven Problemen führen. Glante machte unter Zustimmung seiner sozialdemokratischen Kollegen deutlich, dass Rechtsstaatlichkeitsdefizite genauso wie das Thema Menschenrechte unbedingt Eingang in die derzeit diskutierten Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru finden müssten. Aus der Konferenz ergaben sich wichtige Impulse für die weitere Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Partner dies- und jenseits des Atlantiks. Neben den offiziellen Treffen der parlamentarischen Versammlung steht Glante in Brüssel im regelmäßigen Austausch mit Vertretern der Zivilgesellschaft und insbesondere der Friedrich-Ebert-Stiftung, die in ihrem Lateinamerikareferat mit zahlreichen Partnern vor Ort zusammenarbeitet. PM

Por un nuevo progresismo EURO-LATINOAMERICANO
Foto: P. Manderscheid

UN-Klimakonferenz: schwere Geburt mit Nachwehen

Am 11. Dezember 2011 endete im südafrikanischen Durban nach zwei Wochen die 17. Klimakonferenz der Vereinten Nationen. Nach schwierigen Verhandlungen einigten sich 120 der insgesamt 195 teilnehmenden Staaten auf einen von der EU vorgeschlagenen Fahrplan, der die Grundlage für ein neues, weltweites Klimaschutzabkommen sein wird. Das bis 2012 laufende Kyoto-Protokoll soll zunächst verlängert und schließlich von einem Abkommen abgelöst werden, das alle Partner unterzeichnen. Auf dem Gipfel hatte sich zum wiederholten Mal gezeigt, dass die größten Verschmutzer der Atmosphäre, nämlich China und die USA, immer noch die größten Blockierer für einen Ausweg aus der Klimakrise sind. Ziel des nun erzielten Kompromisses ist es, bis 2015 mit allen einen Vertrag mit Zusagen zur CO_2-Reduzierung zu erarbeiten, um den Anstieg der Erderwärmung auf 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. In der Schlusserklärung von Durban heißt es, man wolle ein „neues Protokoll, ein anderes Rechtsinstrument oder ein vereinbartes Ergebnis mit Rechtskraft" erarbeiten.

Grönland. Die Zeit läuft – das Eis schmilzt!
Quelle: ESA

Die Erwartungen waren hoch, und auch wenn Durban nur einige davon erfüllen konnte, war es doch ein Schritt in die richtige Richtung, bei dem sich die EU als Vorreiterin in Sachen Klimaschutz behaupten konnte. Viele Entwicklungsländer, die sich bisher immer an China orientiert hatten, haben sich von der Volksrepublik abgewandt, um die von der EU vorgeschlagene Klimapolitik zu unterstützen. Die Nachricht des konservativen kanadischen Premierministers unmittelbar nach dem Klimagipfel, dass sein Land aus dem Kyoto-Protokoll aussteigen wird, war dann jedoch für die meisten ein Schlag ins Gesicht. Für den Fahrplan in Richtung eines Nachfolgeabkommens wird es daher umso wichtiger sein, mit vereinten Kräften möglichst alle ins Boot zu holen und auch China und die USA auf den Klimaschutz zu verpflichten. PM

Den Sitzungskalender 2012 des Europäischen Parlaments finden Sie unter: www.glante.eu/termine.php

Einfallstor für deutsche Neonazis – Richter kippen 5%-Hürde!

Mit seinem Urteil vom 9. November 2011 hat das Bundesverfassungsgericht die 5%-Hürde für die Europawahlen in Deutschland gekippt. Was bedeutet das für unser Land, wenn in zweieinhalb Jahren das Europäische Parlament neu gewählt wird? Einerseits wird es dadurch kleinen und auch kleinsten Parteien möglich, mit relativ geringer Stimmenanzahl einen Volksvertreter nach Straßburg und Brüssel zu entsenden. Nun könnte man denken, dass sich dadurch mehr Wähler politisch vertreten fühlen. Jedoch zersplittert sich damit die Parteienlandschaft weiter und erschwert die parlamentarische Arbeit. Denn seine Interessen kann nur wirksam vertreten, wer eine Mehrheit hinter sich bringen kann. Deshalb organisieren sich die Abgeordneten in Fraktionen. Je mehr Fraktionen sich im Parlament bilden, desto kleiner müssen diese zwangsläufig sein und desto schwieriger wird es, Mehrheiten zu organisieren. In der Konsequenz heißt das aber auch, dass der deutsche Einfluss im Parlament schwächer wird. Andererseits steigt durch das Wegfallen der 5%-Hürde die Wahrscheinlichkeit, dass erstmals rechtsextreme Parteien aus Deutschland im Europaparlament vertreten sein könnten, sofern sie genug Wählerstimmen auf sich vereinen. Das würde nicht nur den Rechtsextremisten eine europäische Bühne bieten, sondern auch dem Ansehen Deutschlands schaden. Bereits 2007 gab es eine Fraktion im EU-Parlament, der rechtsextreme Parteien unter anderem aus Belgien, Bulgarien, Frankreich, Italien und Österreich angehörten. Diese Fraktion brach jedoch vor Jahresfrist wieder auseinander, weil die Abgeordneten eines Landes im Streit die Fraktion verließen und damit die notwendige Mindestzahl der Mitgliedstaaten nicht mehr erreicht wurde. HS

Foto: Benutzer: Evilboy / Wikimedia Commons

Urheberrecht im Jahr 2035

Am 9. November lud Norbert Glante zusammen mit Co:llaboratory, einer Denkfabrik zu Internet und Zivilgesellschaft, zu einer Veranstaltung zum Thema „Urheberrechtsreform und deren Innovationspotentiale“ in das Europäische Parlament nach Brüssel ein, um das mögliche Urheberrecht der Zukunft zu besprechen.

Co:llaboratory beschäftigt sich mit dem Aussehen und der Rolle des Internets der Zukunft. In einer Initiative wurde untersucht, wie das „Urheberrecht für die Informationsgesellschaft“ im Jahr 2035 unter den Einflüssen einer sich weiter entwickelten Gesellschaft gestaltet werden könnte. Am Ende dieser Initiative sollte eine Beschreibung von Verwertungs- und Persönlichkeitsrechten im digitalen Zeitalter stehen. Wie an den vielen Fragen der rund 35 Teilnehmer deutlich wurde, besitzt das Thema eine Menge Diskussionspotenzial und ist eine hochinteressante Problematik des Internets der Zukunft.

Nachdenken über das Urheberrecht im Internet der Zukunft *Foto: C. Lindner*

Unter anderem wurde darüber diskutiert, wie mit dem Urheberrecht und dessen Regelungen umzugehen ist, wenn man davon ausgeht, dass das Internet in Zukunft einen noch höheren Stellenwert einnimmt. Außerdem kamen Fragen auf, inwieweit an Lösungsansätzen im Zusammenhang mit der revidierten „Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst“ gearbeitet werden muss, da diese seit 1886 die wichtigste Konvention zu Urheberrechtsfragen darstellt. Darüber hinaus wurde besprochen, inwieweit Entlohnungssysteme sich verändern müssen und wie sichergestellt werden kann, dass Künstler weiterhin kreativ arbeiten können – und das ohne Grenzen, die vielleicht auch ein Urheberrecht anlegt.

Die Veranstaltung brachte für alle Beteiligten viele neue Erkenntnisse. Doch klar wurde auch, dass noch viel Arbeit erforderlich ist, um gemeinsame Lösungsansätze zu finden, die die Politik auch in angemessenem Maße umsetzen kann. CL

Impressum:

V.i.S.d.P. und Herausgeber:
Norbert Glante MdEP
Alleestraße 9
14469 Potsdam

Redaktion:
Joachim Christen
Sebastian Haunstein
Christopher Lindner
Petra Manderscheid
Henning Schüchner

Druck und Verlag:
Druckerei Uwe Pohl
Carl-Reichstein-Straße 15
14770 Brandenburg

Termine

22. Dezember 2011 bis 6. Januar 2012
In dieser Zeit bleiben die Büros
in Potsdam und Brüssel geschlossen.

noch bis 9. Januar 2012
Tür an Tür. Polen – Deutschland.
1000 Jahre Kunst und Geschichte
Ort: Martin-Gropius-Bau,
Niederkirchnerstraße 7, Berlin
Informationen: www.gropiusbau.de

27. bis 29. Januar 2012
Seminar zur „Eurokrise"
Teilnahmebeitrag: 20,00 Euro
Ort: Potsdam
Informationen: www.hochdrei.org
Tel.: 0331/5813224

18. bis 21. März 2012
Starke Regionen für Europa –
Neuverhandlung der EU-Kohäsionspolitik
Seminar für junge Erwachsene
Teilnahmebeitrag: 110,00 Euro
Ort: Brüssel
Informationen: www.vfh-online.de
Tel. 0228/9638551

Wer hat's gesagt?

Auf die Frage, wie man einen dazu veranlassen kann, dass er gute Vorschläge macht, antwortete Herr Keuner: „Dadurch, dass man sorgt, dass er an dem Nutzen seiner Vorschläge beteiligt ist und auf andere Weise, also allein, die Vorteile nicht erreichen kann."

Kennen Sie den Autor, aus dessen Feder diese Zeilen stammen? Dann schreiben Sie uns, auch wenn Sie nicht ganz sicher sind! Denn zum vorerst letzten Mal verlosen wir wie immer unter *allen* Einsendern drei Poster (ca. 40 x 60 cm) mit dem Leitspruch der Europäischen Union. Wir freuen uns auf Ihre Antworten per E-Mail oder Postkarte unter dem Stichwort „Wer hat's gesagt?" an das Potsdamer Büro. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Publikationen

Europa steht auf dem Spiel – Ursachen der Krise und die Antwort sozialdemokratischer Politik

Ungezügelte Spekulation und Gier an den Märkten sowie ein völlig fehlgesteuertes Finanzsystem lösten 2007/2008 die größte Wirtschaftskrise seit rund 80 Jahren aus. Die Rettungsschirme und Konjunkturprogramme führten schließlich zur Krise bei den Staatshaushalten. Das Faltblatt beschreibt die aus Sicht der europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Zukunft notwendigen Maßnahmen für eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik auf EU-Ebene.

Internationaler Klimaschutz – eine Strategie für Europa

Die jüngste UN-Klimakonferenz in Durban war nicht der erste Versuch, ein Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zu vereinbaren. Das Faltblatt erläutert die aus sozialdemokratischer Sicht erforderlichen Eckpunkte einer neuen europäischen Klimastrategie, um die nächsten Klimakonferenzen erfolgreicher gestalten zu können. Verbindliche Ziele für Industriestaaten sind dabei ebenso nötig wie klimafreundliche Entwicklungspläne für Schwellenländer und die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen für die ärmsten Entwicklungsländer.

Einzelexemplare können Sie im Potsdamer Büro kostenfrei bestellen.

Herzlichen Glückwunsch!
Das Zitat in der vergangenen Ausgabe stammt von Willy Brandt. Gewonnen haben Hildegard Mörke aus Potsdam, Helga Ullrich aus Radewege und Susann Mühler aus Berlin.

Kontakt

Potsdam:
SPD-Europabüro
Joachim Christen
Sebastian Haunstein
Alleestraße 9
D-14469 Potsdam
Tel.: 0331 - 73 09 84 00
Fax: 0331 - 73 09 84 02
info@glante.eu

Brüssel:
Europäisches Parlament
Henning Schüchner
Petra Manderscheid
Rue Wiertz, ASP 12G242
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032 - 2 - 284 53 56
Fax: 0032 - 2 - 284 93 56
norbert.glante@europarl.europa.eu

Homepage:
www.glante.eu